

Afghanistan am Scheideweg

von Kerstin Andreae, MdB

Der Göttinger Parteitag hat bewiesen: Wir Grünen führen die notwendigen Debatten – stellvertretend für die ganze Gesellschaft. Wir kehren politische Auseinandersetzungen nicht unter den Teppich, sondern tragen sie aus.

Jedoch: Mehr Sachlichkeit an mancher Stelle wäre schön. Wir sprechen unter politischen Freunden, nicht gegen Gegner. Verbale Provokationen sind da von keiner Seite hilfreich. Dass dieses Thema Emotionen berührt, ist klar. Niemand kann es sich leicht machen. Und wir Abgeordneten müssen uns mit einer solchen Gewissensentscheidung besonders schwer tun.

Das Grundgesetz sagt in Artikel 38 zu den Abgeordneten: „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Das heißt aber auch, dass es Weisungen gibt. Und eine solche ist der Beschluss der Sonder-BDK. Wer sich nicht an diesen Beschluss hält, steht unter einem besonderen Begründungszwang.

Die Lage in Afghanistan ist komplex. Einfache Lösungen gibt es nicht. Einfache Lösungen fanden auf der BDK auch keine Mehrheit. Weder ein „weiter so“ bei Enduring Freedom, noch ein „einfach so raus“ wurde beschlossen.

Nach dem Parteitag gab es einigen Druck auf die Bundestagsfraktion. Manche haben erklärt, wer jetzt nicht „richtig“ abstimme, würde nicht wieder aufgestellt. Das entscheidet aber die Basis. Und insofern: Ja! Abgeordnete haben ein Mandat auf Zeit. Und wenn die Basis entscheidet, dass er oder sie die falsche Politik gemacht hat oder falsche Entscheidungen getroffen hat, dann wird die Person nicht mehr aufgestellt. So einfach ist das.

Nun zeigt sich in den letzten Tagen, dass die Fraktion dem Votum des BDK-Beschlusses nicht geschlossen folgen wird. Einige der Abgeordneten stellen sich bewusst gegen das Votum und haben angekündigt beim ISAF-Mandat für die Verlängerung zu stimmen, auch wenn die umstrittenen Tornados Teil des Mandats sind. Zu diesen Abgeordneten gehöre ich. Ich werde am 12. Oktober im Bundestag für den Einsatz stimmen. Ich will das begründen.

Göttingen ist nicht der erste Parteitag, der über Militäreinsätze Beschlüsse fast. In Köln kam der Auftrag, ISAF fortzusetzen. In Göttingen wurde dieser Auftrag mit neu-

en Bedingungen unterlegt, da die Abstimmung über die Tornados und ISAF nun nicht mehr getrennt wird, wir also über ein „Doppelmandat“ abstimmen. Mit unseren Rostocker Beschlüssen sind wir eine weitreichende Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan eingegangen. Wir können und dürfen sie nicht im Stich lassen. Auch ein Strategiewechsel bis hin zum militärischen Rückzug des Westens geht nicht schnell. Sonst hinterlassen wir verbrannte Erde, aber keinen Boden, auf dem Hilfsorganisationen weiter arbeiten können.

Ich bin klar für einen Strategiewechsel in Afghanistan. Rein militärisch ist die Auseinandersetzung dort nicht zu gewinnen. Nur: Sind denn die ersten Ergebnisse und Verbesserungen vor Ort nichts? Spielt es keine Rolle, dass es erste Wahlen gab, dass sich langsam – sehr langsam sicherlich – Strukturen aufbauen? Welch zynische Argumentation von Gregor Gysi im Bundestag, als er vorrechnete, dass „nur“ jedes fünfte Mädchen in Afghanistan zur Schule gehen könne. Zu Zeiten der Taliban durften Frauen ohne Burka nicht einmal das Haus verlassen! Mädchen und Frauen hatten keinerlei Rechte – und erst recht keine Bildungschancen. Fünf Jahre nach den Taliban haben wir in Afghanistan circa sieben Millionen junge Leute, die zur Schule und an Universitäten gehen. 38 % davon sind Frauen. Es gibt über 300 Zeitungen und Zeitschriften, in den letzten Jahren wurden in Afghanistan mehr als 2000 km Straßen gebaut.

Von einem wirklichen demokratischen Aufbau und einer wirklichen Gleichberechtigung der Frauen können wir noch lange nicht reden. Der Weg dahin ist steinig und voller Dornen. Die Drogenproblematik drängt. Afghanistan befindet sich am Scheideweg. Zu Zeiten der Taliban war der Scheideweg jedoch nicht einmal in Sichtweite.

Ich sehe für mich keine Alternative zur Zustimmung zum ISAF-Einsatz. Ein „Nein“ zu ISAF wäre meines Erachtens kein „Nein“ zu den Tornados, sondern ein falsches Zeichen für die Menschen in Afghanistan. Eine Enthaltung schließe ich in dieser komplizierten Frage für mich aus. Als Abgeordnete sehe ich mich in der Pflicht, klar Position zu beziehen, statt die Entscheidung anderen zu überlassen.

Infos aus dem Büro

Hallo,
die Anrufe und E-Mails, die wieder verstärkt bei mir im Büro eintreffen, signalisieren ganz klar: die sog. Sommerpause ist beendet! Die Pause haben wir aber dazu genutzt, im Grünen Büro einige Veränderungen vorzunehmen. Nachdem wir über ein Jahr vergeblich nach neuen Büroräumen gesucht haben, werden wir nun in unseren angestammten Räumen in der Haslacherstraße bleiben. Es wurde jedoch ein wenig umgebaut. Ein paar Verschönerungsarbeiten stehen noch aus, aber wir sind zufrieden! Jetzt kann es also wieder losgehen mit AK-Treffen, MVs und Veranstaltungen. Das Thema Afghanistan hat uns auch in den Ferien nicht ganz losgelassen und findet in der Veranstaltung mit Winni Nachtwei seine Fortsetzung. Ebenfalls im Oktober werden wir die Klimakampagne mit einer Podiumsdiskussion zum Thema Ökostrom fortsetzen. Mitte Oktober findet dann in Heilbronn die 3-tägige LDK statt, die nicht nur thematisch was zu bieten hat, sondern es stehen auch die Wahlen der Parteigremien an. Auf der MV am 27.9. werden im Übrigen die Delegierten dafür gewählt werden. Mitte November wird dann in Nürnberg die diesjährige BDK stattfinden. InteressentInnen möchte ich ermuntern, sich zur Wahl zu stellen.

Nicht nur Themen wie Afghanistan und Klimaschutz bleiben aktuell, sondern auch die Mitgliederverwaltung. Ich hatte ja erwähnt, dass der Bundesverband Ende des Jahres auf allen Ebenen das neue Mitglieder-Verwaltungsprogramm mit dem schönen Namen SHERPA einführen wird. Deshalb ist es wichtig, die Mitgliederdatei auf den aktuellsten Stand zu bringen – und zu halten! Es kommt leider immer wieder vor, dass Briefe oder E-Mails wegen Unzustellbarkeit zurückkommen, dann kann der Beitrag nicht abgebucht werden, da sich die Kontoverbindung geändert hat und so weiter. Dies kostet dann meist Zeit und Arbeit – und manchmal auch Geld. Sollte es Änderungen geben, reicht eine kurze Benachrichtigung an mich, dies erspart unnötigen Aufwand.

Spätsommerliche Grüße von
Andreas

Meldungen

Wie weiter in Afghanistan ?

Veranstaltung mit Winfried Nachtwei MdB,

Do., 4.10., 20 Uhr

Katholische Akademie
Wintererstr. 1

Ökostrom für alle ?

Veranstaltung mit Bruno Hürlimann (EnergiewerkeZürich) und Thorsen Radensleben (Badenova)

Do., 18.10. 19.30 Uhr

Centre Culturel Français
Kornhaus am Münsterplatz

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Freiburg, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg, Tel.: 0761 / 70 12 14, Fax: 0761 / 7 54 05
kreisverband@gruene-freiburg.de
<http://www.gruene-freiburg.de>
Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075, Kto.: 117568-751

Auflage: 460 Exemplare

Druck: Tilia-Druck Freiburg

V.i.S.d.P.: Carsten Drecoll c/o Bündnis 90/Die Grünen

Redaktion und Satz: Carsten Drecoll, Lektorat
www.ektorat-drecoll.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Kerstin Andreae MdB, Andreas Hoffmann, Reinhold Pix, Silke Krebs, Thomas Koderisch, Johannes Waldschütz

Landesverkehrs politik stellt die falschen Weichen für Südbaden

von Reinhold Pix, MdB

Die Landesregierung lässt sich auch durch die immer mehr und klarer auftretenden Klimaveränderungen und die katastrophalen Prognosen für die Entwicklung in der Zukunft nicht beeindrucken, sondern zeigt mit ihren Entscheidungen in der Verkehrspolitik weiter eine untragbare Ignoranz gegenüber der Freiburger Bevölkerung und den Bewohnern im ländlichen Raum Baden-Württembergs.

Stuttgart 21 hat offensichtlich die Stuttgarter Entscheider in Großmannsräume versetzt, sodass für klare Gedankengänge hinsichtlich des Bedarfs im „übrigen“ Baden-Württemberg kein Raum bleibt.

Nur so lassen sich die Entscheidungen der letzten Monate im ÖPNV und hinsichtlich der Einstufung der Straßenbauprojekte der Zukunft erklären.

Hieraus ergibt sich erheblicher politischer Handlungsbedarf um absehbare Beeinträchtigungen für Freiburg und das Umland zu verhindern.

a) Wir brauchen den Stadttunnel, um die Lärm- und Feinstaubbelastung abzusenken. Hier hat Freiburg mit dem Beschluss der Vorfinanzierung der Planungskosten nunmehr erfolgreich die Weichen gestellt, dieses Projekt entgegen der bisher zögerlichen und verhindernden Landespolitik doch in einem absehbaren Zeitraum realisieren zu können.

Wenn sich die CDU presseöffentlich für ihre angebliche Rettungstat hinsichtlich des Stadttunnels salbt, vergisst sie nur allzu gerne, dass dieses Erfordernis erst durch die landespolitische Fehlplanung der CDU-Regierung entstanden ist. Stuttgart 21 hat uns mehr als deutlich vor Augen geführt, was die Landesregierung sogar an Absurditäten bundespolitisch durchsetzen kann, so sie das denn politisch will. Ein ähnlicher Einsatz für den Tunnel, wie von uns schon lange gefordert, hätte eine derartige Belastung schon im Ansatz verhindern können.

b) Es darf nicht akzeptiert werden, dass Stuttgart zunächst den Nahverkehr einschränkt und trotz Steuermehreinnahmen nicht nur diesen gesenkten Status belässt, sondern, wie gerade erst bekannt gegeben, weitere Streichungen plant. Demnach soll im Hochschwarzwald die Dreiseisenbahn nicht wieder aufgestockt werden und der Zuschuss für den viel genutzten und aus ÖPNV-Sicht sehr wichtigen Liftbus am Feldberg gestrichen werden. Eingriffe in den ÖPNV im ländlichen Raum bringen jedoch verstärkten Umstieg auf das Auto mit sich, was die Bewohner wirtschaftlich belastet und noch mehr Verkehr auf die Straßen zieht. Damit wird zudem weiterer Druck auf sinnvolle und schützenswerte Modelle wie die Regio-Karte ausgeübt. Das ist Politik in die falsche Richtung!

Lesenswert

CHINA

Volksrepublik China - Republik des Volkes?

(sk) Im neuen Böll-Magazin könnt ihr erfahren: Wie sich die Chinesen ihre Zukunft vorstellen; wie Chinas zensierte Medien für mehr Demokratie trommeln; Näheres über zwei Galionsfiguren der Chinesischen Umweltszene und vielen anderes mehr. Das Böll-Heft gibt es wie immer für 4 Euro im Jos-Fritz, im Internet bei www.boell.de und zum Anschauen und Ausleihen bei uns im Büro.

Nach der BDK ist vor der LDK

von Silke Krebs

Der grüne Herbst-Konferenzenmarathon geht weiter: Auf Göttingen folgt vom 12. bis 14. Oktober die baden-württembergische Landesdelegiertenkonferenz in Heilbronn. Im Mittelpunkt des ersten Tages steht ein wirtschaftspolitischer Blick auf Klimaschutz, wir wollen deutlich machen, wie konsequente Klimapolitik mit Mittelstands- und Handwerksförderung verknüpft werden kann. Klimaschutz kann auch Wirtschaftsförderung sein, das hat das EEG eindrucksvoll bewiesen!

Am Samstag dreht sich alles um Wahlen, vom dreiköpfigen GLV (beide Parteivorsitzende und Schatzmeister/in), den 13 Menschen des erweiterten Landesvorstands bis zu Schiedsgericht, Länderrat und Grüne Blätter Redaktion stehen alle zur Wahl. Aus Freiburg mit im Rennen: Axel de Frenne fürs

Landesschiedsgericht und ich – Silke Krebs – für den Landesvorstand.

Eine hochspannende inhaltliche Debatte bestimmt am Sonntag die Tagesordnung: Grundsicherung oder Grundeinkommen; oder anders gesagt: Bedarfsorientierung oder Bedingungslosigkeit in der sozialen Sicherung. Zwei profilierte Konzepte, die in Baden-Württemberg erarbeitet wurden stehen zur Abstimmung. Wie sich Baden-Württemberg entscheidet wird auch ein deutliches Signal für die Entscheidung auf Bundesebene auf der BDK im November in Nürnberg setzen.

Viele gute Gründe also, in Heilbronn mit dabei zu sein. Auf unser MV am Donnerstag, den 27. 9. werden die 14 Delegiertenplätze besetzt.

Zum neuen Schuljahr: Skandalöse Situation für Junglehrerinnen und -lehrer

von Thomas Koderisch

Die baden-württembergische Landesregierung hat es zum neuen Schuljahr fertig gebracht, auf die Desaster bei der Diskussion um den Brief der oberschwäbischen HauptschulleiterInnen und um Pflicht-Französisch am Oberrhein noch eins draufzusetzen. Im Widerspruch zum Koalitionsvertrag werden vor allem an Hauptschulen frei werdende LehrerInnenstellen nicht neu besetzt und somit tausende JunglehrerInnen nach abgeschlossenem Referendariat in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Im Koalitionsvertrag 2006 hieß es noch: „Alle aufgrund rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen wollen wir für bildungspolitische Maßnahmen – vor allem für die frühkindliche Bildung, für den Ausbau der Ganztagschulen und den Aufbau eines Systems der Schulevaluation – einsetzen.“ Stattdessen wurde sowohl 2006 als auch 2007 ein Großteil der frei werdenden Stellen gesperrt und nicht wiederbesetzt. Die Einstellungsquote der LehramtsanwärterInnen sank daraufhin in diesem Jahr im Grund- und Hauptschulbereich auf 13 %; von 2600 BewerberInnen wurde gerade 330 eine Stelle angeboten (Quelle: GEW Baden-Württemberg).

Dies führt zu der absurden Situation, dass selbst AbsolventInnen mit der Abschlussnote 1,0 keine Stelle bekommen und zu Hartz IV-EmpfängerInnen werden. Besonders bitter ist dabei, dass der jetzt fast komplett in die Arbeitslosigkeit entlassene Jahrgang zum Studienbeginn in Briefen vom Kultusministerium ermutigt wurde, ein Lehramtsstudium Grund- und Hauptschule zu beginnen.

Neben der katastrophalen Situation für die jungen LehrerInnen bedeutet die nicht erfolgte Neubesetzung, dass sich das Betreuungsverhältnis an den besonders betreuungsintensiven Grund- und Hauptschulen weiter verschlechtert und die oben zitierten individuellen Fördermaßnahmen, die ja dringend nötig wären, eben nicht geleistet werden können. Während das Sommerloch also einmal wieder gefüllt ist mit sinnfreien Vorschlägen wie dem zum deutschlandweiten Abitur, wird an einer der entscheidenden Stellschrauben für den Erfolg des Schulunterrichts, dem Betreuungsverhältnis, weiter in die falsche Richtung gedreht.

Dass die Situation an anderen Schulformen, besonders an den Gymnasien, ein wenig besser aussieht, ist dabei nur

Speaker's Corner

Die Afghanistan-BDK ein Supergau?

Von Johannes Waldschütz

Die Medien waren sich schnell einig: Die Grünen sind in eine fundamentalistische "Vor-Joschka-Fischer-Zeit" zurückgefallen. Neben Bildern vom schwitzenden Reinhard Bütikofer oder den grübelnden Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn und Renate Künast wurden Schlagzeilen wie "Der Supergau von Göttingen" geprägt. Ich will nicht bestreiten, dass der Parteitag in Göttingen eine Abkehr vom bisherigen außenpolitischen Kurs der Grünen bedeutet, liest man aber den beschlossenen Antrag, der beileibe nicht mein Wunschausgang war, so ist das keine radikalpazifistische Wendung und kein "Ja" zu einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, vielmehr wird der ISAF-Einsatz und die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan, nicht aber der Tornado-Einsatz prinzipiell bejaht.

Dass die Medien das Ergebnis der BDK relativ einseitig verkaufen, über-rascht nicht, da die BDK von einer gehässigen Atmosphäre (alle Tornado-Befürworter wurden ausgebuht) und hitzigen Parolen dominiert war. Sicher haben auch viele Grüne, die einen Abzug aus Afghanistan befürworteten für diesen Antrag gestimmt, nur um dem Bundesvorstand "eins auszuwischen". Dass dieses Auswischen aber nichts bringt außer schlechter Presse hat dieser Parteitag eindrücklich gezeigt. Was passiert nun mit der grünen Außenpolitik? Das werden nun die Bundestagsabgeordneten zu entscheiden haben. Sicherlich werden bei deren Entscheidungsprozess die Ergebnisse des Göttinger Parteitags eine Rolle spielen, letztlich jedoch sind die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verpflichtet. So wie es einigen Grünen Abgeordneten möglich war, gegen einen Krieg in Afghanistan zu stimmen, muss es nun ISAF-Befürwortern, trotz der Kopplung des ISAF-Mandats an die Tornado-Abstimmung möglich sein mit Ja zu stimmen: Gewissensfreiheit ist keine Einbahnstraße!

Einladung zu den **Mitgliederversammlungen** des KV Freiburg am **Donnerstag, 27.9. 19.30 Uhr im Café Vélo (Mobile am Hbf)**
 Top: Aussprache Sonder-BDK Göttingen
 Vorbereitung LDK
 - Innere Sicherheit
 - Entscheidung Grundsicherung/ Grundeinkommen
 Delegiertenwahl für die LDK
 Beteiligungshaushalt

Postvertriebsstück / PVSt, Deutsche Post AG, "Entgelt bezahlt", E 1351

AK-AnsprechpartnerInnen

AK Bildung: Birgit Woelki, Tel. 701323

AK Energie:
 Jan Christoph Goldschmidt
 Tel.: 2046968, janosch-go@email.de

AK Europa:
 Thomas Rehmet, Tel.: 0761-89 78 105
 rehmetth@web.de

AK ÖKRA (Öko-Agrarpolitik)
 Harald Wurm, Tel.: 32846,
 haraldwurm@gmx.com

AK Kultur: Maria Viethen, Tel. 36073

AK Integration
 Silke Krebs, Tel.: 480 86 27
 krebs@gruene-freiburg.de

AK Wirtschaft und Soziales
 Sabine Lübke:sabine.
 luebke@googlemail.
 com, Tel. 0761-76 71 205

AK Verkehr
 Steffen Bitter
 Tel.: 4019655

PG Gesundheit
 Adelheid Hepp, 0172-1066620
 adelhepp@gmx.de

Grüne Jugend Freiburg
 Johannes Waldschütz,
 johannes.waldschuetz@gruene-freiburg.de

Green Team-Fußballmannschaft
 Kapitän: Per Klabundt,
 Tel. 55 36 76, per.klabundt@gmx.de

Unsere Abgeordneten
 Wahlkreisbüros:
 Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

Kerstin Andreae, MdB
 Mitarbeiter: Per Klabundt, Johannes
 Waldschütz Tel. 8886713 Fax 8886714
 kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Edith Sitzmann, MdL
 Mitarbeiterin: Nadyne Dittmann
 Tel. 702102 Fax 0761-75405
 sitsmann@gruene-freiburg.de

Reinhold Pix, MdL
 Mitarbeiterinnen: Daniela Evers, Trudis
 Fisch, Tel.: 71154 Fax 71159
 buero@reinhold-pix.de

Fortsetzung von S. 3

ein schwacher Trost. Diese Situation macht nämlich auch deutlich, wie die Prioritäten in der Bildungspolitik der Landesregierung gelagert sind. Besonders die Hauptschule kommt dabei ganz zum Schluss, und man könnte zynischerweise behaupten, dass die Zukunftsaussichten der HauptschullehrerInnen sich immer mehr denen ihrer SchülerInnen anpassen.

Wie kurz vor Redaktionsschluss bekannt wurde, hat die Landesregierung

in einer zweiten Einstellungsrunde weit mehr LehrerInnen als erwartet eingestellt, wodurch sich die Situation glücklicherweise leicht entspannt hat. An der grundsätzlichen Kritik an deren Einstellungspolitik ändert dies jedoch nichts.

Weitere Infos unter:

www.gew-bw.de
 www.bawue.gruene-fraktion.de

Termine

Datum	Veranstaltung	Ort
Donnerstag, 27.9. 19.30 Uhr	MV	Cafe Velo (im Mobile)
Montag, 1.10. 18 Uhr	AK ÖKRA	Grünes Büro
Dienstag, 2.10. 19.30 Uhr	AK Energie	Grünes Büro
Donnerstag, 4.10. 20 Uhr	Wie weiter in Afghanistan? Veranstaltung mit Winni Nachtwei MdB	kath. Akademie Wintererstr. 1
Montag, 8.10. 20 Uhr	AK WiSo	Grünes Büro
Mittwoch, 10.10. 20 Uhr,	AK Europa	Grünes Büro
Montag, 15.10. 18 Uhr	AK ÖKRA	Grünes Büro
Dienstag, 16.10. 19.30 Uhr	AK Energie	Grünes Büro
Donnerstag, 18.10. 19.30 Uhr	Wechsel zu Ökostrom-Tarifen	Centre Culturel Français (Kornhaus, Münsterplatz)

Abkürzungen:

AK = Arbeitskreis; BDK = Bundesdelegiertenkonferenz; Büro = Termin findet im Grünen Büro statt; GR = Gemeinderatssitzung; KV = Kreisverband; LDK = Landesdelegiertenkonferenz; LGS = Landesgeschäftsstelle (Forststr. 93 in Stgt.); LT = Landtag (Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauer Str. 12 in Stgt.); MV = Mitgliederversammlung; PG = Projektgruppe